

Parlament ist gegen Quote

DÜBENDORF. Die Volksinitiative «Wohnen für alle» erhielt gestern an der Sitzung des Dübendorfer Gemeinderats eine deutliche Abfuhr. Der stadträtliche Gegenvorschlag hingegen wurde nach einer engagierten Diskussion mit viel Rechnerei angenommen.

THOMAS BACHER

Mit 25 zu 6 Stimmen votierte der Dübendorfer Gemeinderat gestern gegen die Initiative «Wohnen für alle» von SP, EVP und Grünen. Der gemässigte Gegenvorschlag des Stadtrats wurde mit 21 zu 10 Stimmen gutgeheissen. Damit folgte das Parlament der Empfehlung einer Mehrheit der Geschäfts- und Rechnungsprüfungskommission (GRPK). Es dürfe schon etwas gehen im gemeinnützigen Wohnungsbau, sagte Kommissionsmitglied Daniel Brühwiler (GEU/GLP). Der in der Initiative geforderte Anteil von 15 Prozent gehe aber zu weit. Dies auch, weil Initianten und Stadtrat mit unterschiedlichen Zahlen über den jetzigen Bestand hantierten. «Damit ist schon die Ausgangslage unklar», sagte er. Zudem sei das Anliegen kaum umzusetzen, da dem Stadtrat die nötigen Instrumente fehlten.

Keine Angst vor hohen Kosten

Als Vertreterin der GRPK-Minderheit räumte Andrea Kennel (SP) zwar ein, dass der Gegenvorschlag wichtige Punkte der Initianten abdecke, die Forderungen aber auch verwässere. So kri-

tisierte sie, dass im Gegenvorschlag von einem «angemessenen Angebot» an Wohnmöglichkeiten die Rede ist. «Wie, bitteschön, soll man das berechnen können?» Man müsse auch keine Angst vor den Kosten haben, da für die Erreichung der 15 Prozent keine zeitliche Limite festgesetzt sei. So könne das Ziel auf vernünftigem Weg ohne unnötigen Druck verfolgt werden.

Kennel griff weiter die Forderung nach einer sozialen Durchmischung «in allen» Quartieren auf – der Stadtrat möchte nur «in möglichst vielen» festgehalten haben – und sprach sich gegen reine Luxusquartiere aus, die gemessen am Landverbrauch weniger Steuergelder generierten als Quartiere mit vielen Genossenschaftswohnungen.

«Eine Milchbüchlirechnung»

Dies wiederum bezeichnete Finanz- und Liegenschaftsvorstand Martin Bäumle (GEU/GLP) als «Milchbüchlirechnung». Wenn man auch den Nettoaufwand pro Person und Quadratmeter einberechnet, sehe die Sache schnell einmal anders aus. Er legte weiter dar, dass der Stadtrat allenfalls Grundstücke teuer zukaufen müsste, um die Quote zu erfül-

len, und betonte, es gebe auch viele private Hausbesitzer, die nicht auf Gewinnoptimierung abzielten und nahe an der Kostenmiete rechneten. Letztlich, so Bäumle, würde der Handlungsspielraum des Stadtrats durch die Initiative massiv eingeschränkt.

Von Fundis und Verhinderern

Marcel Berli (SVP) wettete anschließend lustvoll gegen die «Doppelzüngigkeit» der Initianten, die einerseits die Situation auf dem Wohnungsmarkt kritisierten, diese durch die konsequente Verhinderung von Bauprojekten aber selber verschuldet hätten. Und er wollte wissen, ob man sich denn künftig die Nachbarn nicht mehr aussuchen könne, wenn die soziale Durchmischung in der Gemeindeordnung festgehalten sei. Zudem sei der Einfluss der öffentlichen

Hand beschränkt, da die Mieten von Angebot und Nachfrage bestimmt seien.

Für dieses Votum wurde Berli von Ratskollege Hans Baumann als «Marktfundamentalist» bezeichnet. Der SP-Gemeinderat führte weiter aus, das Ziel von einem 15-Prozent-Anteil sei aufgrund der städtischen Landreserven gut zu erreichen. Auch Andrea Kennel liess Berlis Aussage nicht unkommentiert und erinnerte an den Gestaltungsplan Giessen. Dieser sah für die geplante Überbauung einen Wohnanteil von 40 Prozent vor. «Dagegen wehrten wir uns, und nun sind es 50 Prozent.»

Mit der Ablehnung im Gemeinderat hat die Debatte um die Wohnbauförderung nur ein vorläufiges Ende, denn sowohl Initiative als auch Gegenvorschlag kommen an die Urne.

Knapp «genügend» für Antwort

Für die Antwort auf die Interpellation «Einschulungs- und Kleinklassen in Dübendorf» gab es von Gemeinderat Marcel Drescher (GEU/GLP) nur verhaltenen Applaus. Dass sondergeschulte Kinder auf die Regelklassen verteilt würden, sei sicherlich nicht der Weisheit letzter Schluss. Diese Massnahme sei überstürzt um-

gesetzt worden und führe zu einer grösseren Belastung der Lehrer. Weiter hinterfragte Drescher verschiedene statistische Angaben und kritisierte, dass bezüglich der Beurteilung allfälliger positiver Effekte der schulischen Integration eine veraltete und thematisch nicht passende Studie herbeigezogen worden sei. (tba)

BESCHLÜSSE DES GEMEINDERATS

DÜBENDORF. Der Gemeinderat behandelte an seiner gestrigen Sitzung folgende Geschäfte:

- Die vom Stadtrat beantwortete Motion «Polizeiverordnung in die Kompetenz des Gemeinderats» von Patrick Angele (SP/Juso/Grüne) wurde einstimmig für erheblich erklärt.
- Gemeinderat Marcel Drescher (GEU/GLP) nahm Stellung zur stadträtlichen Antwort auf seine Interpellation «Einschulungs- und Kleinklassen».
- Gemeinderätin Gaby Gossweiler (FDP) begründete ihre Interpellation «Tagesschule light/Halbtageschule».
- Das Parlament lehnte die Initiative «Wohnen für alle» mit 25 zu 6 Stimmen ab. Der Gegenvorschlag des Stadtrats wurde mit 21 zu 10 Stimmen gutgeheissen.
- Die beantragte Änderung eines Artikels im Wasserversorgungsreglement passierte einstimmig.
- Der Gemeinderat bewilligte mit 22 zu 10 Stimmen die befristete Teilnahme am neuen Kantonalen Integrationsprogramm mit einer Kostenfolge von gut 400'000 Franken. Damit verbunden ist die Aufhebung des Gemeinderatsbeschlusses vom 5. März 2012 bezüglich der neuen Aufgabe Integration (Bericht folgt).
- Vier Bürgerrechtsgesuche wurden genehmigt. (zo)

Der ganze Bericht auf duebendorf.zol.ch



3544 Unterschriften für Erhalt der Bäume

USTER. Mit einer Petition will die Gesellschaft für Natur- und Vogelschutz Uster die Bäume an der Aabachböschung schützen. 3544 Unterschriften wurden dafür vornehmlich in Uster gesammelt.

CHRISTIAN BRÜTSCH

«Es sind vor allem Unterschriften aus Uster», erklärt Paul Stopper, Präsident des Vereins Gesellschaft für Natur- und Vogelschutz Uster (GNVU), mit Verweis auf die Schachtel, auf der unübersehbar die Zahl 3544 prangt. Gesammelt wurden die Unterschriften zum Schutz der Bäume und Sträucher am Aabach zwischen Wil und Lenzlinger-Areal.

Das Amt für Abfall, Wasser, Energie und Luft (Awel) projektierte einen verbesserten Hochwasserschutz entlang dem Aabach. Dafür soll der Gehweg auf der einen Seite abgesenkt werden, um das Bachprofil zu verbreitern. Damit dies möglich ist, müsste die gesamte Bepflanzung gerodet werden. «So eine Aktion ist für mich nicht nachvollziehbar», sagt Anna Kohler. Sie wohnt seit 35 Jahren direkt am Aabach und freut sich täglich am Grüngürtel. «Im Winter füttere ich die Vögel und freue mich immer, wenn ich eine Wasseramsel oder

den Eisvogel sehe. Mit dem Roden der Bäume würde dieser Lebensraum zerstört», enerviert sie sich.

Neuzuzüger sind für die Bäume

Kohler habe am meisten Unterschriften gesammelt, sagt Stopper. «Mit klopfendem Herzen habe ich bei den neuen Bewohnern auf dem Zellweger-Areal geläutet», erinnert sie sich. Mit ihrem Anliegen rannte sie indes offene Türen ein. «Mehrfach hörte ich, dass die Leute wegen der grünen Anlage überhaupt hierhin zügelten.» Sie seien froh gewesen, dass sie auf das Thema aufmerksam gemacht worden seien.

Heute Dienstag wird die Petition zuhause des Zürcher Regierungsrats in Zürich übergeben. Damit verbunden ist die Bitte, auf das 4,5 Millionen Franken teure Projekt zu verzichten. Als weitergehende Begründung führt die GNVU an, dass der Baumbestand am Aabach im Inventar der Natur- und Landschaftsschutzobjekte der Stadt Uster enthalten und daraus nie entlassen worden sei. Stopper bezweifelt, dass es dem Kanton wirklich um den Hochwasserschutz geht. «Dafür würde die Erhöhung der Ufermauer reichen», erklärt Stopper. Kohler doppelt nach. «Seit wir hier wohnen, gab es noch nie ein Problem wegen Hochwasser.» Ob die Petition beim Kanton auf offene Ohren stösst, wird sich weisen.



Paul Stopper (links) und Anna Kohler mit den gesammelten Unterschriften, die verhindern sollen, dass die Aabachböschung gerodet wird. Bild: Christian Brüttsch

Ungefähr 200 Kilogramm Müll aus dem Greifensee gefischt

USTER. Vereine, die den Greifensee nutzen, haben am Sonntag mit Tauchern den Grund geputzt. Der Tauchgang brachte Autoreifen, Zäune und anderes zutage. Rund 200 Kilogramm Abfall wurde gehoben.

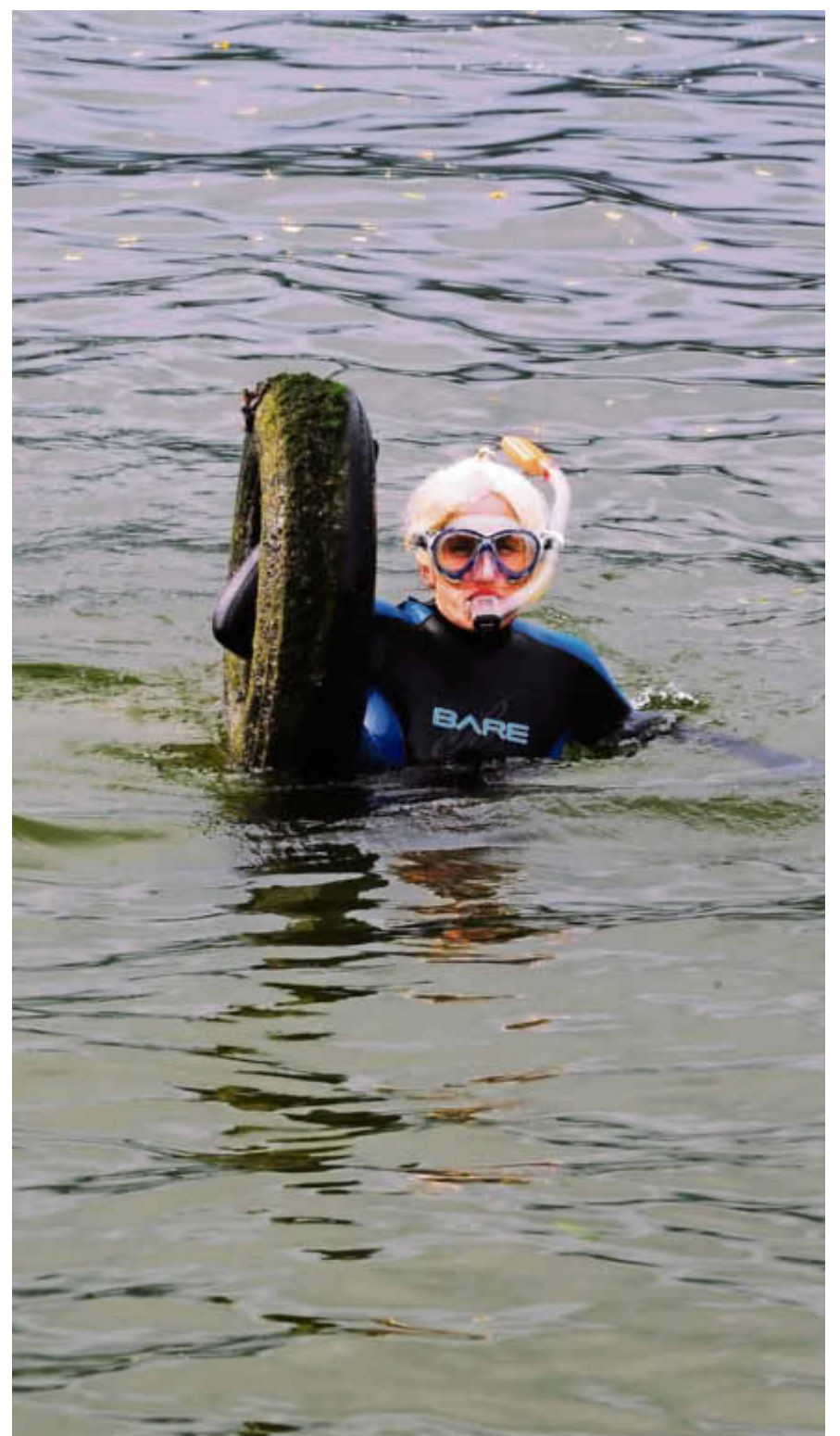
CHRISTIAN BRÜTSCH

«Es hat noch viel mehr Abfall auf dem Seegrund», konstatiert Beat Luchsinger vom Tauch-Shop Uster. Am Sonntag hatte er in Zusammenarbeit mit der Fischervereinigung, dem Ruder-, dem Surf- und dem Segelclub eine Seereinigung gleich beim Schiffssteg organisiert. Rund 30 Helferinnen und Helfer waren dabei, als mehr als zehn Autoreifen aus dem Wasser gehoben wurden. Ein sperriger Maschendrahtzaun gehörte ebenso zu den Funden wie Waschmitteltrommeln und Plastik verschiedenster Art.

«Wir rechnen, dass rund 200 Kilogramm Abfall zusammengetragen wurden – und das in einem nur einstündigen Tauchgang», so Luchsinger weiter. «Leider haben wir das Schiff nicht gefunden», sagt Luchsinger. Scheinbar liegt ein sieben Meter langes Segelschiff auf Grund. «Das werden wir schon noch finden», meint er zuversichtlich und vorausschauend auf weitere Putzaktionen unter Wasser. Gebiete zum Reinigen gäbe es noch viele. Auch der Hafen hätte dringend eine Putzaktion nötig.

Sechs Bäume in Aussicht

Im Zusammenhang mit dem Clean-up-Day von vor einer Woche hat die Stadt Uster versprochen, pro 50 Kilogramm gesammeltem Abfall einen Baum zu pflanzen. In diese Aktion eingeschlossen wurde die Seereinigung, die wegen dem Greifenseelauf nicht gleichzeitig mit dem nationalen Sammeltag stattfinden konnte. Nachdem vor Wochenfrist rund 100 Kilogramm Abfall gesammelt wurden, ist jetzt die Stadt Uster mit dem Pflanzen von sechs Bäumen am Zug.



Eine Schnorchlerin hebt im Rahmen der Seereinigungsaktion am Sonntag einen von über zehn Autoreifen aus dem Greifensee. Bild: Conny Suter